

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

27.11.1930 (No. 277)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. Ueberschär,
Karlsruhe

Abzugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Belästigung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlangte Druckfassen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Prüfungen im Aufbeschlag

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschlag finden statt:
am Mittwoch, den 17. Dezember 1930, vormittags 8 Uhr, in der Aufbeschlagschule in Karlsruhe,
am Donnerstag, den 18. Dezember 1930, vormittags 9 Uhr, in der Aufbeschlagschule in Mannheim,
am Samstag, den 20. Dezember 1930, vormittags 8 Uhr, in der Aufbeschlagschule in Freiburg,
am Montag, den 22. Dezember 1930, vormittags 1/2 9 Uhr, in der Aufbeschlagschule in Meßkirch.

Die Vertretung der Länder im Verwaltungsrat der Reichsbahn Baden und die Reichsbahn

Unter dieser Überschrift bringt die „Bad. Zentrumskorrespondenz“ eine Darlegung des badischen Standpunktes und der Vorgeschichte der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof:

Im Zuge der Neuordnung des deutschen Staatswesens nach dem Zusammenbruch wurde die Zusammenfassung der einzelnen Länderbahnen zur deutschen Reichsbahn durch den Staatsvertrag vom Jahre 1920 geschaffen. Baden hat dabei dadurch ein nicht unerhebliches Opfer gebracht, daß es seine anerkannt gut erhaltenen Eisenbahnanlagen dem neuen Reichsbahnbetrieb übergab. Wie der badische Finanzminister in seiner Rede vom Januar 1929 feststellte, hatte dadurch das Land Baden nach Abzug aller auf dem bisherigen Landesbahnbetrieb ruhenden Schulden an die Deutsche Reichsbahn noch einen Goldmarkanspruch von rund 275 Millionen und daraus einen Zins von rund 12 Millionen rechtmäßig zu erheben. Neben diesen finanziellen Ansprüchen waren in den Eisenbahnvertrag noch Dauerbestimmungen aufgenommen worden, die eine Einflußnahme des Landes bei der Verwaltung und beim Betrieb der vormaligen Länderbahnen sicherstellen sollten. Diesen Vorbehalten kam eine ganz wesentliche wirtschaftliche Bedeutung zu. Das Land Baden hat an der Gestaltung der Eisenbahntarife, der Rheinschiffahrt, der Elektrifizierung der Bahnen, an der Behandlung des Binnenhafens Mannheim und des badischen Oberlandes das stärkste wirtschaftliche Interesse. Ein weiterer Grund für eine dauernde Einflußnahme auf die Zentralverwaltung beruht in der Tatsache, daß von dem in die Milliarden gehenden Auftragsbestand des größten Betriebes der Welt auch für die badische Wirtschaft ein wesentlicher Teil gesichert werden muß.

Am 12. Februar 1924 wurde durch die Notverordnung der Reichsregierung das gegenüber der Reichsregierung selbständige Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“ geschaffen. Es galt nun, für die sogenannten Eisenbahnländer, und dazu gehört ja auch Baden, den bisherigen Einfluß auch für die neue Form zu erhalten. Es fanden auch zwischen den Ländern Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden einerseits und dem Reichsverkehrsministerium andererseits Verhandlungen statt, die in folgender Erklärung für das Land Baden ein durchaus positives Ergebnis zeitigten:

„In dem zukünftigen Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn, auch im vorläufigen, erhält die badische Regierung eine Vertretung aus eigenem Recht. Es soll angestrebt werden, daß unter den Mitgliedern des Verwaltungsrates, die etwa aus der freien Wirtschaft genommen werden, auch Baden vertreten ist.“

Nachdem nun die Reichsbahn infolge des Dawesplans zum Reparationspfand geworden war, wurde ein Verwaltungsrat von 18 Mitgliedern bestellt, von denen die Hälfte durch das Reich und die andere Hälfte durch einen Freihändler zu ernennen war. Im Herbst 1924 fand der Verwaltungsrat seine erste Zusammenkunft, bei der die anderen Länder zwar Berücksichtigung fanden, Baden aber trotz Protest leer ausging. Baden meldete nun seinen Anspruch auf endliche Verlässlichkeit erneut an und war, nachdem neuerliche Ersuchen ohne Erfolg blieben, gezwungen, Klage beim Staatsgerichtshof Leipzig einzubringen. Das Reich erhob nun im September 1928 gegen Baden Gegenklage und zugleich Feststellungsklage gegen die übrigen Eisenbahnländer. Inzwischen war durch die Bestimmung des Youngplans der ausländische Einfluß auf die Reichsbahn beseitigt worden, so daß der gesamte Verwaltungsrat der Verfügung des Reiches verfiel. In einer ausgiebigen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof, an der als badische Vertreter Ministerialrat Seeger und der badische Gesandte in Berlin, Honold, teilnahmen, wurde die Auffassung des Landes Baden in vollem Umfang gewürdigt und am 25. November vom Reichsgerichtspräsidenten Dr. Dumele das bereits mitgeteilte Urteil gefällt, durch das der Streit zugunsten Badens entschieden wurde.

Das Reich und das Urteil des Staatsgerichtshofs

Zu der verfassungsmäßigen Streitfrage zwischen dem Reich und den Ländern Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg wegen Benennung von Mitgliedern im Verwaltungsrat der Reichsbahn wird vom Reichsverkehrsminister folgendes mitgeteilt:

Das Verfahren ist im Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und den beteiligten Länderregierungen durchgeführt worden, um eine endgültige Klarstellung der Rechtslage herbeizuführen. Durch das Urteil des Staatsgerichtshofs entstehen für die Reichsregierung keine Schwierigkeiten, weil sie für Sachsen bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs einen Sitz im Verwaltungsrat offengehalten und im Einvernehmen mit der badischen Regierung eine dieser Regierung genehme

Letzte Nachrichten

Um das Sanierungsprogramm

Brüning will parlamentarische Erledigung

BRN. Berlin, 27. Nov. (Priv.-Tel.) In den Besprechungen mit den Parteiführern hat der Reichskanzler, wie das „B. Z.“ erfährt, nochmals hervorgehoben, daß er, wenn irgendmöglich, das Finanzprogramm auf parlamentarischem Wege erledigen wolle. In diesem Falle wird der Reichstag wahrscheinlich bis zum 23. Dezember versammelt bleiben.

Nach dem Verlauf der gestrigen Besprechungen mit den Parteiführern rechnet man in politischen Kreisen damit, daß die Entscheidung darüber, ob das Finanz- und Wirtschaftsprogramm auf dem parlamentarischen Wege oder durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden soll, unter Umständen erst in einigen Tagen fallen wird. Bei den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie scheinen sich gewisse Schwierigkeiten ergeben zu haben, da sie noch bestimmte Abänderungswünsche für die alte Notverordnung haben, die sich auf die Krisenfürsorge und die Krankenversicherung beziehen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichsorganisation wird sich im Laufe des heutigen Tages mit dem Ergebnis der Besprechungen mit dem Reichskanzler beschäftigen.

Verhandlungen des Reichsarbeitsministers mit den Vertretern der Sozialdemokratie haben heute vormittag im Reichstag begonnen. Es handelt sich bei diesen Verhandlungen darum, festzustellen, ob und wie weit bei der sozialdemokratischen Partei Neigung besteht, ihre Forderungen, die sich auf Abänderungen der Juli-Notverordnung des Reichspräsidenten beziehen, einzuschränken.

Steuergesetze im Reichsrat

Um das Steuervereinfachungsgefes

BRN. Berlin, 27. Nov. (Tel.) Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates setzten am Donnerstag die erste Lesung des Steuervereinfachungsgefes und der dazu gehörenden Vorlagen (auch der Finanzausgleich ist damit verbunden), und zwar zunächst mit der Befprechung des Gewerbesteuer-Nahmengesetzes fort. Die zweite Lesung der Vorlagen wird wahrscheinlich erst Ende der Woche stattfinden können. Der Reichsrat kann sich daher, wie wir hören, in seiner heutigen Vollstimmung mit kleineren Vorlagen beschäftigen. Zur Verabschiedung der Steuervorlagen wird eine neue Vollstimmung anfangs oder Mitte der nächsten Woche notwendig werden.

Berlin unter Staatsverwaltung

Ordnung der Finanzen

M. Berlin, 27. Nov. (Priv.-Tel.) Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat durch Verordnung vom heutigen Tage den Oberregierungsrat von Stein mit der Befugnis des Berliner Magistrats und den Oberregierungsrat Ryppe mit der Befugnis der Stadtverordnetenversammlung betraut. Beide haben als Staatskommissare die Aufgabe, den Etat 1930 in Ordnung zu bringen. Sie werden die von den Berliner Stadtverordneten abgelehnten Steuern auf dem Verordnungswege durchzuführen und außerdem am letzten Etat Abstriche in Höhe von 14 Millionen vornehmen.

Nachvervollung von Tabakfabrikaten

Da in der neuen Tabaksteueranlage nur eine Ermächtigung des Reichsfinanzministers, keine Verpflichtung, vorgesehen ist, die bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes vorhandenen Bestände nachzuvervoll, scheint in dem Tabakgewerbe die Meinung verbreitet zu sein, daß das Reichsfinanzministerium von der Ermächtigung keinen Gebrauch machen würde; denn nur so läßt sich die überall beobachtete Herstellung auf Vorrat erklären. Wie von zuständiger Stelle des Reichsfinanzministeriums mitgeteilt wird, ist aber der Reichsfinanzminister seit Entschlossen, einen Nachschuß zu erheben, schon weil andernfalls die kapitalkräftigen Betriebe vor den weniger kapitalkräftigen in unberechtigter Weise bevorzugt würden.

Der Reichspräsident und die Stahlhelm-Kommission. Reichspräsident von Hindenburg hat in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Stahlhelms, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, der Leitung des Stahlhelms sein Mißfallen über die Vorkommnisse anlässlich der Kommission einer Stahlhelmgruppe ausgesprochen.

45. Geburtstag des Reichskanzlers. Reichskanzler Dr. Brüning beging gestern seinen 45. Geburtstag. Er empfing aus diesem Anlaß die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsminister.

Persönlichkeit in den Verwaltungsrat bereits berufen hat. Außerdem ist zwischen dem Reichsverkehrsminister und der bayerischen und württembergischen Regierung schon vor dem Ertrag des Urteils des Staatsgerichtshofs eine vorläufige Einigung über die weitere Vertretung ihrer Länder im Reichsbahnverwaltungsrat erzielt worden.

*Die Preissenkung

In der Pressebesprechung, zu der am letzten Samstag der badische Innenminister eingeladen hatte, und in der sehr willkommene Mitteilungen über die Salzung Badens im Reichsrat gemacht wurden — wurde auch die Frage der Preissenkung besprochen. Finanzminister Dr. Schmitt prägte dabei gegenüber der Frage, was nun zuerst zu erfolgen habe, die Lohnsenkung oder die Preissenkung, den durchaus überzeugenden Satz, daß es am besten sei, wenn beides zur gleichen Zeit erfolgen würde.

Und so ist es auch in der Tat. In den Kreisen der Gehalts- und Lohnempfänger ist die Sorge verbreitet, daß die Preissenkung nur eine leere Versprechung bleiben könne, während die Gehalts- und Lohnsenkungen bereits Tatsache geworden sind. Es ist deshalb mit Freude zu begrüßen, daß neuerdings im Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des Innenministers, Staatspräsidenten Wittenmann, Aussprachen mit den Vertretern der großen Organisationen stattfinden, um auch in Baden der Preissenkung einen noch stärkeren Antrieb zu geben.

Inzwischen hatte die Zentrale des badischen Einzelhandels zu einer Besprechung eingeladen. Dort wurde an Hand statistischer Erhebungen der Nachweis erbracht, daß im Laufe des letzten Jahres in einer ganzen Reihe von Fällen bereits Preissenkungen in der Höhe von 10—20 Proz. stattgefunden haben. Erfreulicherweise kann man auch jetzt häufig Schaufensteranschläge und Inzerate lesen, in denen Senkungen der Preise angekündigt werden. Einzelne Zeitungen sind dazu übergegangen, dieser Preissenkung eine besondere Rubrik zu widmen. Solche „Preissenkungstabellen“ bieten eine gute Gelegenheit, um das Publikum zu unterrichten, sie bilden ihrerseits aber auch einen suggestiven Anreiz zu weiteren Senkungen.

Bobor man sich zu hüten hat, das ist der Schematismus. Genau so, wie man in der Privatwirtschaft nicht allenthalben die Löhne und Gehälter in gleichem Umfang kürzen kann, genau so können die Preissenkungen in nennenswertem Umfang nur dort stattfinden, wo sie auch bilanzmäßig ertragen werden. Und Voraussetzung für eine jede Preissenkung ist nach der Überzeugung der gesamten Wirtschaft und vor allem nach der Überzeugung der mittleren und kleineren Unternehmer die Preissenkung an der Quelle, das heißt dort, wo die für die Aufrechterhaltung des Betriebs wichtigste Ware bezogen wird. Das sind u. a. Kohle, Holz, Papier, Eisen, Elektrizität. Ferner wird von der Wirtschaft darauf aufmerksam gemacht, daß heute noch die steuerlichen Lasten derart seien, daß an größere Preissenkungen kaum gedacht werden kann. Dieser Einwand würde mit dem Augenblick, in welchem sich die Senkung der Realsteuern auswirkt, hinfällig werden.

Auf diese Auswirkung kommt es ja überhaupt sehr wesentlich an. Noch sind die Gehalts- und Lohnkürzungen nicht in Kraft getreten. Der Unternehmer müßte also einstweilen noch auf der Grundlage der bisherigen Verhältnisse kalkulieren. Dennoch wird sich die immer mächtiger anschwellende Woge der Preissenkung nicht aufhalten lassen. Und die Unternehmer und Geschäftsleute, die jetzt schon durch genaueste Kalkulation mit Preissenkungen aufwarten können, sind sicherlich die Klügsten.

Es ist und bleibt eine Forderung der Gerechtigkeit, daß mit den Gehalts- und Lohnkürzungen nun auch die Preise gesenkt werden. Ein wirklich berechtigtes Argument gegen eine Preissenkung könnte überhaupt nur in der Gefahr eines Konkurses oder neuer Arbeiterentlassungen erblickt werden. Es wäre kurzfristig, schonungslos eine Preissenkung zu erzwingen und damit womöglich den Stillstand oder die Einschränkung des ganzen Betriebs zu erreichen. Wie gesagt: man darf hier nicht gar zu schematisch verfahren. Es gibt immerhin einige Zweige der Wirtschaft, die schon in den ganzen letzten Jahren mit so geringen Gewinnen rechnen mußten, daß man ihnen eine Reduktion der Preise billigerweise kaum noch zumuten kann. In der Hauptsache wird diese Rücksichtnahme aber nicht notwendig sein. Und zumal dann, wenn sich das Sanierungsprogramm der Reichsregierung und im Zusammenhang damit die Gehalts- und Lohnkürzungen im Staat, in der Gemeinde und in der Wirtschaft auswirken, wird diese

Finanzminister

Preisfenkung wohl auf der ganzen Linie zur Latache werden müssen.
Was ganz und gar zu verwerfen ist, das ist die Demagogie auf diesem Gebiet. Und demagogisch wäre es, wenn man, um die Gehalts- und Lohnempfänger aufzuheben, behaupten wollte, daß die Preise überhaupt noch nicht gefallen seien. Eine solche Behauptung ist unwahr. Wir stehen mitten drin in einer Entwicklung deutlicher Preisfenkungen. Notwendig ist nur, daß sich diese Preisfenkungen noch immer weiter ausdehnen, und daß sie auch überall eine wirklich wahrnehmbare Form annehmen.

Kurze Nachrichten

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist jetzt für nächsten Dienstag, 10 Uhr vormittags, einberufen worden, um zu den Vorgängen in Ostpreußen Stellung zu nehmen.
Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat in Berlin getagt. Eine allgemeine TarifiermäÙung zur Zeit zu genehmigen, sieht sich der Verwaltungsrat nicht in der Lage. Infolge der Wirtschaftsdpression und des Wettbewerbes anderer Verkehrsmittel muß für 1930 mit einer Mindereinnahme von über 700 Millionen Reichsmark gerechnet werden.
Provisorische Verlängerung der Tarifbestimmungen für die Reichsbahnarbeiter. Die Reichsbahnverwaltung teilt mit: Bekanntlich haben die Gewerkschaften die Arbeitszeitbestimmungen des Lohnarbeitsvertrages für die Arbeiter der Reichsbahn auf den 30. Nov. 1930 gelündigt, um eine Arbeitszeitverkürzung zu erwirken. Die Verhandlungen darüber haben zu keiner Einigung geführt. Um einen tariflosen Zustand zu vermeiden, wurde die Geltung der gekündigten Bestimmungen bis zum 15. Dezember 1930 verlängert.
Die Lohnverhandlungen in der thüringischen Metallindustrie sind gescheitert. Beide Tarifparteien werden den Schlichter anrufen.

Der Genfer Abrüstungsausschuss hat sich für die Einsetzung einer Kontrollkommission erklärt, die die Durchführung der Abrüstungskonvention überwachen soll. — Im englischen Unterhaus erklärte Henderson auf eine Anfrage, er sei weit entfernt davon, mit den Fortschritten der allgemeinen Abrüstung in den letzten 12 Jahren zufrieden zu sein.

Sozialdemokratische Opposition in Österreich. Der Verband der sozialistischen Abgeordneten des österreichischen Nationalrats beschloß die schärfste Opposition gegen das Kabinett Baumgarten.

Die Finanzlage Frankreichs. In der Kammer erklärte heute der Finanzminister bei der Beratung der Wirtschaftsreformgesetze, daß das Schatzamt über ein Aktivum von 17 Milliarden verfüge bei einem Passivum von 10 Milliarden. Die Finanzlage sei so gut wie im vergangenen Jahre.

Polarforscher Eberdrup. Der Polarforscher Otto Eberdrup ist in Oslo im Alter von 76 Jahren gestorben.

Kein Frauenstimmrecht in Japan. Das Gesetz über das Frauenstimmrecht in Japan wurde vom Ausschuss für die Wahlreform abgelehnt.

Die Berliner Polizei hat am Mittwoch in den Citysälen in Berlin etwa 300 Studenten bei der Menjur überrascht und ihre Personalien festgehalten. Drei Studenten, die man direkt bei der Menjur angetroffen hatte, werden sich wegen Beteiligung an der verbotenen Menjur zu verantworten haben.

Die Zahl der Todesopfer des japanischen Erdbebens wird amtlich mit 223, die der Verletzten mit 1146 angegeben. Im Mittelpunkt des Erdbebens hat man seit dem 10. November jeden Tag durchschnittlich 300 Erdstöße verspürt.

Schallplatten als Taugungsgegenstand. Am 30. November werden der Ausschuss für Volksmusikpflege und die Volkshochschule in Verbindung mit der Kulturabteilung eines Berliner Schallplattenkonzerns die erste Schallplattenkonferenz in Mannheim veranstalten. Die Bedeutung der Schallplatte für die verschiedenen Wissens- und Lebensgebiete soll auf dieser Tagung in den Referaten: Schallplatte und Erziehung, Schallplatte in der Schulunterkunft sowie in der Musikbildung, behandelt werden, zu denen noch als Sonderthemen die Referate Schallplatte und Presse, Rundfunk und Publikum kommen.

Badisches Landestheater

Einmaliges Gastspiel des Japanischen Theaters

In den letzten Monaten hörte man von überall her das Lob des Japanischen Theaters. Es war daher hoch erfreulich, daß die Leitung des Landestheaters die Japaner auch für ein Gastspiel in Karlsruhe verpflichtete. Es war nur erstaunlich, daß das Haus nicht ausverkauft war. Allerdings waren die Preise außergewöhnlich hoch. Die zahlreichen Zuschauer aber, die erschienen waren, werden das Erlebnis nicht so bald vergessen.

Allerdings muß man zu seiner Aufnahme und Würdigung die gewohnten heimischen Wertmaßstäbe vergessen. Es ist eine Theaterkunst von höchster Vollendung, die alle menschlichen Ausdrucksmittel vereinigt, ja darüber hinaus auch sachliche Attribute, wie etwa Farbe und Stiderei der Gewänder, und Bühnenrequisiten in ihren Dienst einbezieht. Es ist daher für ungewohnte Augen schwer, alle diese Einzelheiten gleichzeitig aufzunehmen und zu einem Gesamteindruck zu runden, da jede Bewegung, jede Geste, jeder Gegenstand neben dem realen Zweck noch eine symbolische Bedeutung besitzt. Dadurch erfieht eine Kunst, die europäischem, nach Einheitlichkeit strebendem Formgesetze zu widerstreben scheint. Naturalismus verbindet sich mit abstrakter Stilisierung, realer Impressionismus mit symbolischem Expressionismus. Und doch erfieht wieder eine ästhetische Einheit aus diesen polaren Spannungen durch die Selbstverständlichkeit und die Intensität, mit der diese disparaten Ausdrucks- und Darstellungsformen betont wurden. Das einigende Prinzip dabei ist die auf der Bühne zu verkörpernde Idee, sei es eines Tanzes oder eines dramatischen oder lyrisch-epischen Gebäudes. Das auch für europäische Theaterkunst wichtige und nachahmenswerte ist die zu höchster Vollendung gediehene, restlose Unterordnung und Einordnung jedes Dinges und jedes Individuums unter und in diese Idee. Dadurch wird wirklich jenes Ideal vom Gesamtkunstwerk vom Theater aus verwirklicht.

Die dem Schauspiel zu Grunde gelegten dramatischen Texte sind naiv und nur auf primitive Schwarz-Weiß-Bildung angelegt, so daß sie mit ihrem schärften Gegensatz von Vertretern des Guten und Bösen den Darstellern beste Gelegenheit zu stärkster Affektsteigerung geben. Während bei uns das Bühnenspiel hinter der Dichtung zurücktritt, so daß bedeutende Theaterkünstler die Ungeheuerlichkeit aussprechen konnten, eine Tragödie müsse beim Leben den gleichen Eindruck wie bei der Aufführung hervorrufen, ist beim Japaner

Der Terror in Oberschlesien

Deutsche Note an den Völkerbund

BR. Berlin, 27. Nov. (Priv.-Tel.). Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung, die bis gegen Mitternacht dauerte, mit den Vorgängen in Ostpreußen. Es wird wegen der Gewalttate und wegen der Wahlrechtsetzungsmethoden gegenüber der deutschen Minderheit an den Völkerbund appelliert. Eine Note wird im Laufe des heutigen Tages abgesandt werden.

Das Reichskabinett hat sich entschlossen, auf die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundrates zu verzichten und dafür die Behandlung auf der nächsten ordnungsmäßigen Ratstagung zu verlangen, die am 15. Januar beginnt. Dieser Entschluß hat seinen Grund darin, daß die außerordentliche Tagung infolge des schwerfälligen Verfahrens, das die Völkerbundtagung vorschreibt, ungefähr in die Weihnachtszeit fallen würde. Das Reichskabinett wollte vermeiden, sich einer Ablehnung auszuweichen, die der Wirksamkeit der deutschen Beschwerde nur abträglich wäre. Der Generalsekretär müsse nämlich erst das Einverständnis der Hauptnationen einholen.

Die deutsche Note wird im Laufe des heutigen Tages, abgeben, voraussichtlich also morgen, nach ihrem Eintreffen in Genf, veröffentlicht werden. Sie wird sich, damit der deutsche Schritt keine Verzögerung erleidet, vorbehalten, die Einzelheiten der Vorgänge noch nachzutragen. Es ist anzunehmen, daß gleichzeitig auch noch diplomatische Schritte eingeleitet werden, um der Beschwerde den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem werden die Ereignisse in Pommerellen Gegenstand einer besonderen Beschwerde der deutschen Minderheit sein, der sich die Reichsregierung gewissermaßen als Nebenkläger anschließt. Beide Beschwerden werden nun im Januar gemeinsam vor den Rat kommen.

Die Beunruhigung in Deutsch-Oberschlesien

M. Berlin, 27. Nov. (Priv.-Tel.) Reichsinnenminister Dr. Wirth ist im Auftrag der Reichsregierung und der Staatssekretär Abe gg im Auftrag der preussischen Regierung nach Döppeln abgereist, um dort mit der Bevölkerung Rücksprache zu nehmen und vor allem zur Beruhigung der sehr erregten Deutschen Oberschlesiens beizutragen.

Neue polnische Ausschreitungen!

WR. Warschau, 27. Nov. (Tel.) In das Deutsche Heim in Thorn drangen gestern gegen 1/6 Uhr drei Polen ein und überfielen drei dort sitzende Deutsche. Einer der Gäste wurde niedergeschlagen und verletzt, während die beiden anderen sich zur Wehr setzten. Unterdessen drangen von der Straße weitere Polen in das Lokal und demolierten die Inneneinrichtung: Stühle, Tische und Kronleuchter. Die Polizei machte dem wüsten Treiben ein Ende und verhaftete eine Person.

Bemerkenswert ist, daß sich schon vor 8 Tagen etliche Personen vor dem Deutschen Heim einfanden und die Außenbeleuchtung zerrückten, damals jedoch von einem Überfall ablassen, da — wie sie erklärten — es sich diesmal nicht lohne, weil nur ein Deutscher im Lokal anwesend sei.

Der Preisabbau in Italien. Im italienischen Ministerrat berichtete Mussolini über die Preisfenkungsaktion in Italien, wobei er die gute Haltung aller Angestellten der Staatsunternehmen hervorhob und betonte, daß sich alle Wirtschaftszweige der Bewegung anschließen. Der Verkehrsminister führte aus, daß die Kosten der Postverwaltung geringer seien, als vor dem Kriege. Am 1. Januar soll eine Ermäßigung der Eisenbahntarife in Kraft treten.

Bolja Wukitschewitsch. Der frühere südslawische Ministerpräsident Bolja Wukitschewitsch ist in Belgrad im Alter von 69 Jahren gestorben. Er war nach dem Tode von Nicolas Patisch Führer der ehemaligen Radikalen Partei. Während seiner Amtstätigkeit als Ministerpräsident kam es zu den blutigsten Ereignissen in der Hauptstadt, in deren Verlauf der Führer der Kroaten, Stephan Rajtsch, tödlich verwundet und sein Neffe erschossen wurde.

das Theater die Hauptsache. Es gibt keine Lesedramen, es gibt nur Schau-Spiele, gewissermaßen nur die Roten und die multitalischen Darbietungen. Sie sind den geheiligten Traditionen und Konventionen des öffentlichen und privaten Lebens entnommen, so daß sie stets typischen, allgemeingültigen Charakter haben, erfüllen den feststehenden japanischen Lebenssitt und Weltanschauung.

Diese Lustunterlagen gestalten nun das Theater mit den raffiniertesten Mitteln von darstellerischer Kunst, Farbe und Begleitmusik. Wenn auch bei dem Gastspiel vieles europäisiert war — so fehlte etwa als wesentliches Stück der japanischen Bühne der durch den Zuschauerraum auf sie führende Hanamishi (Gesicht- oder Blumenweg) —, so wurde doch das Wesentliche japanischer Schauspielkunst deutlich wahrnehmbar. Die durch eine Gardine von der neutralen Vorbühne getrennte, mit plastischen Requisiten ausgestattete Hinterbühne war niedriger als gewöhnlich bei uns und ließ daher die Darsteller größer, raumfüllender erscheinen. Dazu war sie mit Licht überflutet, so daß von der bis in kleinste Einzelheiten durchgebildeten Gestalt nichts verlorenging; jitzendes Muskelspiel im Gesicht wurde ebenso deutlich wie Bewegungen der Hände und des Körpers. Diese Bewegungen erfolgten in allen Schnellstufen, was nur dadurch möglich ist, daß der Schauspieler nicht nur phantastischer Darsteller, sondern auch überaus gelenkiger, durchtrainierter Artist ist, was namentlich bei Lauf- und Kampfszenen in Erscheinung tritt. Absolute Gestalt paart sich mit selbstverständlicher Leichtigkeit, wobei die gewagtesten Sprünge, Wendungen und Überkugelungen noch immer sich filigamäßig in den Gesamtbühnenvorgang einordnen. Gerade darin liegt ein Hauptcharakterzug der Japaner. Bei höchstentwickelter Darstellungskunst des Einzelnen bleibt sein Spiel doch stets bildhaft und gliedert sich in das Gesamtbild durch stets wechselnde, aber doch stets überlegte Gruppenordnung. Es gibt nur Gesamtwort, nicht Einzelleistung.

In dieses Gesamtwerk des Bühnenspiels ordnen sich auch die Farben der berückend schönen Gewänder, die schon durch ihre Zeichnung, wie etwa bei den beiden Liebesrivalen des ersten Stückes, für den Träger charakteristisch sind. Gerade diese beiden Rivalen aber offenbarten am faszinierendsten, daß auch die Sprache in Stimmlage, Modulation und Rhythmus filifiziert wird, um Ausdruck des Charakters und damit Glied des Gesamtwerks zu sein.

Sehr wichtig zur Gesamtgestaltung ist die Begleitmusik, wenn man dieses Schamizengezupfe, Flötenspielen, Holzflap-

Zur Reichstagswahl in Baden

VIII. (Schluß)

Völkerechtspartei (Reichspartei für Volkrecht u. Aufwertung) und Christlich-Soziale Reichspartei

Die Partei vereinigte am 14. September 1930 insgesamt 11 664 Stimmen oder 0,99 v. H. aller gültig abgegebenen, auf sich.

Die Völkerechtspartei erhielt in allen Bezirken Stimmen; die größte Zahl Stimmen wurde für sie im Amtsbezirk Pforzheim (1801) abgegeben; es folgen die Bezirke Mannheim (1294), Karlsruhe (1130) und Offenburg (1011). In allen übrigen Bezirken erhielt die Partei weniger als 1000 Stimmen.

Hinsichtlich der einzelnen Gemeindeeinheiten ergibt sich, daß die Völkerechtspartei in 836, also etwas mehr als der Hälfte (54,8) der Gemeinden vertreten ist. Die Höchstzahl von Stimmen weisen die Städte Mannheim (1097) und Pforzheim (1073) auf; es folgen Karlsruhe (995), Freiburg (834) und Heidelberg (514). In 3 Gemeinden der Seegegend entfällt mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen auf die Partei.

Die Reichstagswahl 1928 brachte der Völkerechtspartei eine Stimmenzahl von 15 162 Stimmen. Trotz der Vereinigung mit der Christlich-Sozialen Reichspartei hat sie im Jahr 1930 mehr als ein Fünftel ihrer Stimmen eingebüßt.

Konservative Volkspartei

Die konservative Volkspartei ist bei der Reichstagswahl im September 1930 zum erstenmal mit einem Wahlvorschlag vor die Wähler getreten; es wurden insgesamt 5368, d. h. 0,45 v. H. aller gültigen Stimmen auf ihre Liste abgegeben. Die Partei hat in allen Amtsbezirken Stimmen erhalten. Die Höchstzahl von Stimmen entfällt auf den Bezirk Karlsruhe (825). Es folgen die Bezirke Mannheim (819), Freiburg (619), Heidelberg (559), Pforzheim (411), Raftat (264), Konstanz (245) usw.

Die Zahl der Gemeindeeinheiten, in denen die konservative Partei gewählt wurde, beläuft sich auf 516, d. h. 33,8 v. H. aller Gemeinden des Landes. Die meisten Stimmen sind ihr in der Stadt Mannheim (754) zugefallen; außerdem weisen Karlsruhe (703), Freiburg (561), Heidelberg (487) und Pforzheim (360) eine größere Zahl konservativer Stimmen auf.

Deutsche Bauernpartei

Für die Deutsche Bauernpartei haben sich bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 1901, d. h. 0,16 v. H. der Wahlberechtigten mit gültiger Stimmabgabe entschieden.

In sämtlichen Amtsbezirken wurden Stimmen für die Deutsche Bauernpartei abgegeben. Die meisten Stimmen entfielen auf ihre Liste in den Amtsbezirken Freiburg (207) und Emmendingen (117).

Im ganzen wurden in 785, d. h. nahezu die Hälfte (48,2 v. H.) der Gemeinden des Landes Stimmen für die Deutsche Bauernpartei abgegeben; ihre Zahl bleibt in der überwiegenden Mehrzahl unter 10.

Bei der Reichstagswahl 1928 erhielt die Partei 5446, d. h. 0,6 v. H. aller gültigen Stimmen. Sie war auch damals in allen Amtsbezirken und in 916 Gemeinden vertreten.

Haus- und Grundbesitzer

Die Partei erhielt am 14. September insgesamt 1078, d. h. 0,09 v. H. aller gültig abgegebenen Stimmen des Landes.

Mit Ausnahme des Bezirkes Buchen ist sie in allen Amtsbezirken vertreten. Die größte Stimmzahl wurde für die Partei im Amtsbezirk Mannheim (180) abgegeben; es folgen die Amtsbezirke Freiburg (134), Karlsruhe (126) usw.

In 264 oder 17,3 v. H. aller Gemeinden wurden gültige Stimmen auf die Liste der Haus- und Grundbesitzer abgegeben. Hinsichtlich der Stimmzahl stehen die Städte Mannheim (158), Freiburg (109), Karlsruhe (93), Pforzheim (50), Heidelberg (37) in vorderster Linie.

Die Partei ist bei der Reichstagswahl 1930 erstmals mit einem Wahlvorschlag an die Öffentlichkeit getreten.

Polenpartei

Die Polenpartei hat bei der Reichstagswahl am 14. September d. J. 194 Stimmen erhalten.

Außer Lahr sind ihr in allen Bezirken Stimmen zugefallen. Im Bezirk Mannheim erhielt die Partei 43, im Bezirk Karlsruhe 17 Stimmen.

Die Partei ist in 120 Gemeinden des Landes vertreten; es wurden aber für sie durchschnittlich nur 1—2 Stimmen abgegeben.

pern und Singen, das in ganz eigenartigen Tonsolgen bald vermisch, bald einzeln die Stimmung der Bühnendarstellung begleitet, sie unterstreichend, erhöhend und wieder abdämpfend, Must nennen darf. Selbstwert hat sie jedenfalls nicht, schmeigt zuweilen ganz, um plötzlich wieder höchst aufregend durch einzelne Töne anzugreifen. Diese nach unserer heimischen Musikästhetik unverständlichen Lautfolgen besitzen aber doch auch für uns überaus charakteristische Kraft. Nicht nur das an „Siegfried“ erinnernde Vogelgezwitscher bei der Liebeszene des zweiten Stückes, auch die abnormen glasartigen Holzöne bei Traueraffekten.

Unerschöpflich wird durch diesen absoluten Zusammenhang und Einklang aller persönlichen und sachlichen Spielmittel die Affektsteigerung, deren Darstellung diese vollendete Stilform des japanischen Theaters offenbar dient. Von unbegreiflicher Stärke etwa war das lautlose Verhalten des Sohnes beim Anblick des getöteten Vaters, wo jeder einzelne Zuschauer nur durch den Ablauf seiner Gestik erlebte, wie er von der Unbegreiflichkeit vor dem Geschehen zum erschütterndsten Schmerz um den Verstorbenen gelangt. Solche unvergleichliche Ausdruckskraft des stummen Mienen- und Gebärdepfels ist nur bei solch feststehendem, typischem, symbolhaftem Ausdruckston, wie ihn die Japaner besitzen und bewußt pflegen, verständlich, wobei aber seine Betätigung trotzdem immer wieder aus dem unmittelbaren individuellen Erlebnis gespeist erscheint.

Es scheint mir sinnlos, hier die einzelnen Spiele und Tände zu besprechen oder auch die einzelnen Darsteller, wenn auch zweifellos Tokujiro Futui als Waffensmeister Enzo wie als Bentei durch die Vornehmheit seiner Haltung und die vollendete Grazie seiner streng stilisierten Bewegungen, oder aber Kinoshii Mima durch die Eindringlichkeit und Leidenschaftlichkeit seines Mienenspiels sich besonders stark in das Gedächtnis eingepreßt haben. Wesenhaft ist hier die Gesamtleistung, die mir allerdings eine Kulturhöhe des japanischen Schauspiels zu offenbaren scheint, hinter der wir in Europa noch weit zurück sind, mögen auch sicherlich unter unseren Bühnenkünstlern viele Einzelne an individuellem künstlerischem Können keinen Vergleich zu scheuen brauchen. Aber Vergleich ist ja überhaupt unmöglich mit einer so stark ritualisierten, aus ganz anderen Lebens- und weltanschaulichen Gründen erwachsenen und noch heute genährten Stilkunst. Für alle Zuschauer sicherlich ein eigenartiges und wertvolles Erlebnis!

Prof. Dr. Karl Holl.

Badischer Teil

Unbegründete Beschwerden

Vor einiger Zeit ging durch die Presse ein Artikel des Verbandes badischer Holzindustrieller mit der Aufschrift: „Ist das badische Wirtschaftspolitik?“, in dem die Vergabung der Bestuhlung des Landestheaters einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Gleichzeitig wurden auch Beschwerden über die Vergabung von Arbeiten für den Erweiterungsbau des Reichstagsgebäudes laut. Hierzu wird uns von zuständiger Seite geschrieben:

Die vom Verband badischer Holzindustrieller e. V., Karlsruhe, an verschiedene Zeitungen gegebene Mitteilung über die Vergabung der Neubestuhlung des Landestheaters und anderer Arbeitsvergaben bedarf der Richtigstellung:

Das einheimische Gewerbe ist zur Angebotsabgabe für die Stühle des Landestheaters herangezogen worden. Die Zahl der Firmen, die sich an sich gering. Die dafür in Baden in Frage kommenden Firmen wurden, soweit sie der Bauabteilung des Finanzministeriums nicht bekannt waren, durch Rückfrage beim Landesgewerbeamt ermittelt. Drei badische Firmen wurden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Daneben aber auch die Firma Hyan in Berlin, die sich seit vielen Jahrzehnten ausschließlich mit der Anfertigung von Theaterstühlen befaßt und führend auf diesem Gebiet ist und die zudem vor etwa 35 Jahren die gesamte feste Bestuhlung des Landestheaters geliefert hat. Von den zur Teilnahme an der engen Submision aufgeforderten Firmen verzichtete eine von vornherein auf die Abgabe eines Angebotes mit der Begründung, daß sie sich mit der Anfertigung derartiger Stühle nicht befaße, und sie empfahl, an ihrer Stelle eine Firma in Münden beizugehen. Eine zweite bekannte badische Firma gab zwar ein Angebot ab, bot aber kein badisches Erzeugnis, sondern das einer sächsischen Firma an. Die einzige noch verbleibende badische Firma, die übrigens ihr Angebot nicht selbst bearbeitete und vorlegte, sondern sich durch eine Karlsruher Möbelfabrik vertreten ließ, war im Preis mit ihrem Vorschlag so hoch, daß sie gleich hätte auscheiden müssen. Es wurde ihr aber noch zweimal Gelegenheit gegeben, billigere Vorschläge zu machen. Trotz aller nachträglicher Vereinfachungen und Verkürzungen blieb ihr Preis immer noch so hoch, daß die Ausführung der Neubestuhlung mit den Mitteln, die dafür bewilligt waren und die nicht überschritten werden dürfen, überhaupt unmöglich geworden wäre. Das von der Firma Hyan angebotene Modell war das einzige, das für den vorliegenden Zweck nach Konstruktion und Form sowohl die vergebende Behörde als auch den zur Entscheidung zugezogenen Herrn Intendanten restlos befriedigte. Da dieses Modell gleichzeitig auch das billigste war, so konnte die Entscheidung nach Sachlage gar nicht anders ausfallen, als es geschehen ist.

Dem Verband badischer Holzindustrieller wurde auf seine zweimaligen schriftlichen Anfragen wegen der Vergabung der Theaterbestuhlung sachdienliche Auskunft erteilt. Es fällt daher auf, daß der Verband trotz der ihm gewordenen Aufklärung Anschuldigungen durch die Presse in die Öffentlichkeit bringt, die den tatsächlichen Vorgängen der Arbeitsvergabe nicht entsprechen.

Auf das Ersuchen, die bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe überangenen, der Bauverwaltung nicht bekannten badischen Firmen zur künftigen Berücksichtigung mitzuteilen, hat der Verband bisher nicht geantwortet.

Zu der Erwähnung der Gestühlvergabe für das Schloß in Bruchsal und Schwetzingen ist zu bemerken, daß von einer derartigen Anschaffung den amtlichen Stellen überhaupt nichts bekannt ist.

Was über die Vergabung der Bestuhlung des Studentenhauses, der kein behördlicher Bau ist, gesagt wird, ist an sich richtig. Es sind dort, soweit als möglich, badische Firmen berücksichtigt worden. Wenn es sich aber bei den Verhandlungen mit badischen Lieferfirmen herausstellt, daß diese Erzeugnisse außerbadischer Firmen anbieten und die Ware von den Erzeugern unmittelbar ohne den Gewinnzuschlag des Zwischenhändlers, also erheblich billiger zu erhalten ist, so würde es gewiß von niemand verstanden werden, wenn ein gemeinnütziges, mit Mitteln aus dem ganzen Reich finanziertes Unternehmen dann nicht von der Erzeugerfirma unmittelbar kaufen würde.

Daß Arbeiten und Lieferungen, die innerhalb des Landes ausgeführt werden können, nicht ohne Grund außerhalb des Landes vergeben werden, ist selbstverständlich und bedarf sich mit den Vorschriften der Vergabungsordnung und mit der Praxis der staatlichen Hochbauverwaltung.

Wenn der Verband sich um die badische Wirtschaft und badische Arbeiter verdient machen will, so böte sich ihm ein reiches Feld der Tätigkeit in der Einschränkung des Verkehrs von ausländischen Holzern zugunsten des einheimischen und damit auch des in Baden gewachsenen Holzes. Aus Schwarzwaldbäumen und anderen einheimischen Holzern ließen sich ebenso gute und ebenso schöne Böden usw. herstellen als aus Kiefer, Nadelholz und Eiche.

Auch die Beschwerden, die der Artikel gegen die Vertretung der badischen Wirtschaft in Berlin wegen Nichtberücksichtigung badischer Firmen bei der Innenausstattung des Erweiterungsbau des Reichstagsgebäudes erhebt, sind vollkommen unbegründet. Dem Verband ist zunächst in seinem Artikel ein auffälliger Irrtum unterlaufen. Von einem Umbau oder Erweiterungsbau des Reichstagsgebäudes kann zur Zeit gar nicht die Rede sein. Der in Aussicht genommene Erweiterungsbau des Reichstags ist, wie bekannt, über den Geländeerwerb noch nicht hinausgekommen. Die Arbeiten auf Veränderung des Gestühles im Sitzungssaal, um die es sich lediglich handelt, waren nur zum Teil Neuanfassungen, zum anderen Teil dagegen Reparaturarbeiten, die an dem vorhandenen Gestühl vorgenommen wurden. Irrenderweise nennenswerte sonstige Arbeiten an Innenausstattung im Reichstagsgebäude sind in diesem Jahre überhaupt nicht in Angriff genommen worden.

Der Verband verwechselt offenbar die Arbeiten im Reichstag mit der Innenausstattung des in Sachreisen allgemein bekannten Erweiterungsbau des Reichstags. Im Hinblick auf den besonderen Charakter dieses Innenausbaus hätte aber die Reichsbaudirektion nur einige wenige allgemein bekannte Spezialfirmen zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Nach zuverlässiger Mitteilung haben badische Firmen sich rechtzeitig überhaupt nicht beworben. Lediglich eine Firma des badischen Oberlandes ist erst nachträglich vorfellig geworden. Dies geschah aber in einem Zeitpunkt, in dem ihre Berücksichtigung nicht mehr möglich war. Übrigens hat sich auch keine badische Firma an die Vertretung der badischen Wirtschaft in Berlin gewandt und dort um Unterstützung nachgehakt.

Die Beschwerden des Verbandes badischer Holzindustrieller und seine Angriffe auf die Berliner badische Vertretung entbehren somit jeder Unterlage.

Schiedspruch für die Rheinschiffahrt

Die Schlichterkammer unter dem Vorsitz von Dr. Joetten als Sonderlichter fällte — wie aus Köln gemeldet wird — in der Rheinschiffahrt einen Schiedspruch, wonach die Löhne und Gehälter vom 29. November bzw. 1. Dezember 1930 an um 7 Proz., der Wochenlohn der Matrosen und Heizer um je 3 M. gekürzt werden. Diese Regelung ist erstmalig am 1. zum letzten März 1931 kündbar.

Radiumspende des badischen Volkes zur Bekämpfung des Krebses

Der Landesverband zur Bekämpfung der Krebskrankheit teilt uns mit:

Die Betriebskrankenkasse der Maschinenfabrik Grönig AG. in Durlach hat dem badischen Landesverband zur Bekämpfung des Krebses das nachstehende Schreiben zugehen lassen:

„Unser Vorstand hat sich in der Erkenntnis, daß der Krebs die schlimmste der zur Zeit existierenden Volksleiden darstellt, an deren Bekämpfung gerade die Krankenkassen das größte Interesse haben müssen, entschlossen, für die Radiumspende einen Betrag von 200 M. aus Kassamitteln zur Verfügung zu stellen. Den Betrag überweisen wir gleichzeitig auf Ihr Postkontokonto.“

Wir stellen es Ihnen anheim, von unserer Spende anderen Firmen unter Nennung unseres Namens Nachricht zukommen zu lassen und sie aufzufordern, unserm Beispiel, entsprechend der Größe der einzelnen Firmen, zu folgen.“

Tagungen

Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene veranstaltet am Samstag, den 6. Dez. 1930, im „Haus der Gesundheit“ am Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Str. 1, ihre diesjährige Mitgliederversammlung, die aus zwei Teilen besteht. Zu dem geschäftlichen Teil, der um 3 Uhr beginnt, haben nur Mitglieder Zutritt, zu dem wissenschaftlichen Teil (Beginn 8 1/2 Uhr) können auch Nichtmitglieder, wenn sie sich an die genannte Gesellschaft wegen einer Einladungskarte wenden, anwohnen. Auf der Tagesordnung des 2. Teiles steht: Die Frage der Sozialbehandlung in den Schulen; Berichterstatter sind Stadt-Obmedizinalrat Dr. Paull (Karlsruhe) und Fortbildungsschulhauptrichter Wiffert (Konstanz).

diese Ironie lag den schlicht empfindenden Bauernmalern selbstverständlich fern. Aber dennoch ist die Fähigkeit des Charakterisierens und die Kunst der Farbenkomposition bei der Künstlerin so hervorragend, daß man die Vorliebe auch verwöhnter Kunstfreunde für ihre Schöpfungen sehr wohl begreifen kann. Vor allem der dekorative Wert ihrer Hinterglasmalereien ist groß. Und das darf nicht unterschätzt werden. „Dekorativ“ — das ist vielleicht das höchste Lob, das wir einem Bilde spenden können. Ein Kunstwerk, das nicht dekorativ ist, hat seinen Beruf als Schmuck des Hauses von vornherein verfehlt.

Alexander Ege hat vor allem in Italien und in den Alpen gelebt und geschaff. Er malt teils in Öl, teils in Tempera und bevorzugt große Formate. Seine hochalpinen Landschaften sind in ihrer großzügigen Auffassung bewundernswert, aber im ganzen lassen sie mich doch recht kalt. Wo Ege den Menschen in der Landschaft darstellt — er tut es nur selten und dann in Anlehnung an die Sagen des Rassistischen Altertums —, beragt er. Auch dieser Künstler ringt mit dem Stil. Es finden sich unter seinen Gemälden einige, die mit künstlerischem Stil abheben. Sie scheinen mir nicht die schlechtesten zu sein. Da ist zum Beispiel das „Weiße Haus“ (Nr. 54) und das „alte Haus an der Donau“ (Nr. 55). Sie präsentieren sich als überaus fein gemalte Bilder, die viel Stimmung atmen und auch noch beim Betrachten ganz aus der Nähe Reize über Reize entfalten.

Erwähnen möchte ich auch der diesmal besonders reichhaltigen Ausstellung des Triberger Maler Lukas Pfaff, der in seinen Stillleben eine sehr erfreuliche Begabung für das Dekorativ zeigt, und W. Math, der ein beachtenswerter Graphiker ist. — Friedrich Fritz (Welsheim) verleugnet den Badberger-Schüler nicht. Als Entwürfe für kunstgewerbliche Arbeiten würden mir seine Bilder recht passabel erscheinen. Als Gemälde mit künstlerischem Eigenwert finde ich sie unvollkommen.

Nun zum Schluß die plastischen Arbeiten von Professor Schreyögg (Karlsruhe). Sie stammen anscheinend aus den letzten Jahren und stellen der künstlerischen Entwicklungsfähigkeit Schreyöggs, der an Jahren ja nicht mehr der Allergünstigste ist, ein ganz vortreffliches Zeugnis aus. Diese Köpfe sind famos burleskmodelliert, sie haben Charakter und Ausdruck, und ihre Technik verrät ein sehr hohes Können.

Curt Amend.

Kindergärten in Baden

P. A. Wohl kaum ein Land erfreut sich so zahlreicher Einrichtungen zum Schutze und zur Betreuung von Kleinkindern wie Baden. Abgesehen von seinen zahlreichen Säuglingskrippen und Säuglingsheimen, seinen musterzügigen Kinderfrankenhäusern und Kinderheimen usw. zählt unser Land nach Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts nicht weniger als 943 Kindergärten oder, wie sie landläufig immer noch gerne genannt werden, Kinderschulen mit insgesamt 61 500 betreuten Kindern.

Die 943 Kinderanstalten verteilen sich auf 608 Gemeinden. Hiernach kommt in Baden bereits auf jeden zweiten bis dritten Ort ein Kindergarten! Die meisten Kindergärten haben erklärlicherweise die großstädtischen Amtsbezirke Mannheim (100) und Karlsruhe (99); in weitem Abstand kommt der Amtsbezirk Heidelberg (56); es folgen Pforzheim (47), Lahr (45), Freiburg (43). Unter den Städten steht ebenfalls Mannheim mit 65 Kindergärten und 3545 betreuten Kindern, sowie Karlsruhe mit 60 Kindergärten und 3554 Kindern an der Spitze; die weitere Reihenfolge ist Heidelberg (31 Kindergärten mit 1893 Kindern), Freiburg (22 mit 1497 Kindern), Pforzheim (19 mit 1025 Kindern) usw.

Von 1000 Kindern im Alter von unter 6 Jahren gehen im Landesdurchschnitt 218,6 in Kindergärten. Hierbei ragt Stadt und Amtsbezirk Lahr besonders hervor, wofür 1000 Kleinkindern 325,7 bzw. 371,8 sich in Kindergartenobhut befinden.

Interessant sind die Ermittlungen über den konfessionellen Charakter der Kindergärten. Mehr als die Hälfte aller Kindergärten (509) mit 32 675 Kindern unterstehen katholischer Konfessioneller Leitung oder sind mit katholischen Ordensschwägern besetzt; 388 Kindergärten mit 26 652 betreuten Kindern, wo Diakonissen tätig sind, haben als evangelisch betont zu gelten. Einen israelitischen Kindergarten gibt es in Mannheim. 194 Kindergärten befinden sich unter mittelbarem oder unmittelbarem Einfluß von Gemeindeverwaltungen; 107 Kindergärten gehören dem Badischen Frauenverein an. 12 Kindergärten sind von sonstigen paritätischen Vereinen der freien Wohlfahrtspflege und 13 von Fabrikunternehmungen ins Leben gerufen. Schließlich bestehen noch 38 Kindergärten sonstiger privater Unternehmer.

Förderung der Geflügelzucht

Der von der Badischen Landwirtschaftskammer für fortgeschrittene Geflügelzüchter vor einiger Zeit in Gengenbach veranstaltete Lehrgang wies fast 200 Teilnehmer auf. Er wurde eröffnet durch den Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, der die Bedeutung der Geflügelzucht gerade für Kleinbäuerliche Verhältnisse und auch die Notwendigkeit einer planmäßigen Schulung in allen Geflügelzuchtfragen hervorhob. Bei der Befichtigung des Versuchs- und Lehrgutes Einach befriedigte der gute Zustand in jeder Weise. In den Vorträgen wurden die wichtigsten Gebiete der neuzeitlichen Geflügelzucht behandelt. Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung fand darauf in Offenburg (Baden) die gutbesuchte Hauptversammlung des Klubs Deutscher Geflügelzüchter, Gau Baden, statt, bei der der geschäftsführende Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. von Engelberg, zugegen war. Hierbei wurden die wirtschaftlichen Tagesfragen der Nut Geflügelzucht besprochen, so das Schicksal verschiedener an die Landwirtschaftskammer und die Regierung gerichteter Anträge, wirtschaftspolitische Fragen und insbesondere die Möglichkeit des Erhalts der Maisbezugscheine. Ein Vortrag über die Geflügelzuchtverhältnisse in England von Dr. Weinmiller, Erding, beschloß auch diese von den Teilnehmern mit Beifall aufgenommene Versammlung.

Aus der badischen Industrie

Manteltarif für die Schuhwarenindustrie. Unter dem Vorsitz des Schlichters Dr. Rimmich wurde am Dienstag zwischen dem Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung und den Metallarbeiterverbänden vereinbart, daß der bisherige Tarifvertrag bis zum 30. Juni 1932 verlängert wird.

In der Biberacher Zigarrenfabrik Krämer (Filiale zu Saslach) wurde sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen auf 31. Dezember 1930 gekündigt. Durch die Stilllegung dieses Betriebes werden etwa 40 Personen arbeitslos.

Die 10. Generalversammlung des Vereins badischer Pflanzzüchter findet am 7. Dezember in Radolfzell statt. In Verbindung damit wird eine öffentliche landwirtschaftliche Versammlung abgehalten, in der Direktor Dr. Schwörer (Freiburg) über „Rentabilitätsfragen im landwirtschaftlichen Betrieb“, und Direktor Schaubler (Solothurn) vom „Schweizerischen Saatgutverband über „Pflanzenzüchtung und Saatgutbau in der Schweiz, ihre Organisation und staatliche Förderung“ sprechen werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. November		26. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.71	169.05	168.63	168.97
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.32	112.10	112.32
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.351	20.391	20.351	20.391
New York 1 D.	4.1915	4.1995	4.1910	4.1990
Paris . . . 100 Fr.	16.462	16.502	16.456	16.496
Schweiz . . . 100 Fr.	81.145	81.315	81.125	81.285
Wien 100 Schilling	58.965	59.085	58.995	59.115
Prag . . . 100 Kr.	12.431	12.451	12.43	12.45

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. Die Generalversammlung, in der 16 373 Aktien mit eben so vielen Stimmen vertreten waren, genehmigte die Bilanz per 1929, die bekanntlich mit Einschluß des Verlustes des Vorjahres mit einem Gesamtverlust von 1 488 654 M. abschließt und erteilte Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung. Der Verlust wird auf das neue Rechnungsjahr übertragen. Nach dem Bericht des Aufsichtsrats sind die im Berichtsjahr fortgeführten Bemühungen, das Werk zu erhalten oder vorteilhaft zu verkaufen, auch im Laufe des Jahres fortgeführt worden, jedoch bisher vergebens. In Durchführung des Vergleichsbeschlusses vom Juli d. J. sind inzwischen die Gläubiger bis auf 300 M. voll befriedigt worden, ebenso ist eine Quote bis zu 5 Proz. auf die anerkannten Forderungen zur Zahlung gelangt. Die Bemühungen, das Gelände ganz oder geteilt zu veräußern, werden fortgesetzt, doch ist zur Zeit wenig Aussicht dafür vorhanden. Inzwischen haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert, so daß mit dem Verlust des ganzen Aktienkapitals gerechnet werden muß. Welche Quote die Gläubiger erhalten werden, ist noch ungewiß, da alles von der Möglichkeit der Veräußerung der Grundstücke abhängt.

Preisentlung für holländische Kohle in Deutschland. Die holländischen Bechen haben mit Wirkung ab 1. Dezember ihre Verkaufspreise in Deutschland der Ermäßigung der Ruhrkohle durch eine Preisentlung um durchschnittlich 6—8 Proz. angepaßt.

Kunst in Karlsruhe

(Hagemann, Stamm-Hagemann, Ege und Schreyögg im Badischen Kunstverein)

Im Badischen Kunstverein in Karlsruhe ist zur Zeit eine Ausstellung untergebracht, die in mancherlei Beziehung den Besuch lohnt. Beherzigt wird sie von den malerischen Schöpfungen des Karlsruher Künstler-Gesepaars Hagemann, des Stuttgarter Malers Eberhard Ege und des Karlsruher Bildhauers Prof. Georg Schreyögg.

Oskar Hagemann befaßt sich durch diese neue Ausstellung seinen Ruf als begabter und mit Recht geschätzter Porträtist. Natürlich können porträtmäßige Schöpfungen, wenn sie in großer Zahl vorliegen, nicht immer gleichwertig sein, und ich habe von Hagemann schon Bildnisse gesehen, die mich nicht voll befriedigten. In dieser Ausstellung gibt es solche Porträte indessen nicht. Mit sicherer Selbstkritik hat Oskar Hagemann in der Hauptsache gelungene Porträte ausgestellt. Hagemann ist ein ganz hervorragender Impressionist, mit einem feinen, intuitiven Gefühl für den Reiz der Farbe. Er malt im ganzen eher weich als hart, mit einem Pinsel, dessen Leistungen immer geschmackvoll bleiben. Bewundernswert ist sein Formgefühl. Soweit sich das Charakteristische eines Kopfes im Somatischen, in der Bildung der Knochen ausdrückt, findet es in ihm einen trefflichen Darsteller. Und auch das Innere wird von ihm mit Virtuosität bewältigt. Wünsche blieben höchstens dort zu äußern übrig, wo es auf den zwingenden Ausdruck des Auges ankommt. Hier findet man oft eine gewisse Unlebendigkeit. Aber nicht immer. Glänzend ist in dieser Hinsicht das Bildnis des Kindes mit dem weißen Teddybären.

Frau Gertrud Stamm-Hagemann beborzugt in ihrem Schaffen die Hinterglasmalerei, einen Zweig naiver Bauernkunst. Rein technisch hat sie das Problem dieser Malerei für sich noch nicht gelöst. Die alten Hinterglasmalereien sind viel schlichter, dekorativer und auf die Kontur bezogener. Frau Stamm-Hagemann kann — und man darf ihr das nicht verargen — ihre Herkunft aus der Zeit des Impressionismus nicht verleugnen. Und so ergeben sich Stilrichtungen, die der Einseitigkeit des künstlerischen Eintrucks nicht immer zugekommen. Die Malerin offenbart sich in ihren Hinterglasmalereien zudem als eine stark ironische Natur. Und

Aus der Landeshauptstadt
Der Karlsruher Fremdenverkehr

Stat. A. Insgesamt waren seit Jahresanfang bis Ende September 110 978 Fremde in Karlsruhe als angekommen gezählt worden.

Von den 110 978 angekommenen Fremden waren 100 140 Reichsdeutsche (90,23 Proz.) und 10 838 Ausländer (9,77 Proz.).

Die Fremden waren insgesamt 188 920 Nächte, im Durchschnitt 1,66, hier gelieben. In der entsprechenden Zeit der Jahre 1921 bis 1924 betrug die durchschnittliche Übernachtungsdauer 1,64, 1,77, 1,81 und 1,52.

Lautenabend Agnes Desferts abgesetzt! Der auf den heutigen Donnerstag angeetzte Wiederabend von Frau Desferts kann leider nicht stattfinden, da die Künstlerin sich auf der Konzertreise befindet.

Eine neue Varieté-Entscheidung im Colosseum durch das am 2. Dezember d. J. beginnende Gastspiel von Kapitän Winstons tauchenden Seelöwen und Nymphen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unser Gebiet liegt gegenwärtig noch in dem Bereiche milder Südwestströmung.

Wasserkünder: Waldshut 845 - 3, Basel 160 - 13, Schusterinsel 228 - 15, Kehl 395 - 16, Mainz 650 - 22, Mannheim 665 - 25, Taub über 200 Zentimeter.

Zwangsversteigerung.

II V. T. 87/30.

Zur Zwangsversteigerung des Notariat II Karlsruhe am

Montag, den 26. Januar 1931, nachmittags 3 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod.

Die Versteigerung wurde am 29. Oktober 1930 im Grundbuch bemerkt. Die Nachweisung über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen.

Grundstücksbeschreibung: Grundbuch von Karlsruhe, Band 78, Heft 9, Lsg.-Nr. 1459: 2 a 03 qm Hofreite - Kriegsstraße Nr. 88.

Auf der Hofreite steht: a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenkeller, b) ein einstöckiger Seitendbau links, Waschküche und Werkstätte.

Karlsruhe, den 22. November 1930.

Badisches Notariat II - als Vollstreckungsgericht.

Karlsruher Notgemeinschaft

Die ersten Spenden: B. N. 1000 M., Verband landw. Genossenschaften, Bad. Landwirtschaftsbank u. Bad. landw. Zentralgenossenschaft 800 Zentner Kartoffeln, G. D. 100 M.

Die erste Gabenverteilung: Zur Speisung Bedürftiger in den hiesigen Volkstüchen hat der Arbeitsauschuss 2660 Essensgutscheine zu 30 Pf. zur Verfügung gestellt.

Gemeinderundschau

Plankstadt lehnt die Bürgersteuer ab. Der Bürgerauschuss Plankstadt hat die Bürgersteuer mit 40 gegen 26 Stimmen angenommen.

Bezirkswohnungsverband Karlsruhe-Land. Der Bezirksauschuss hielt am 6. November 1930 eine Sitzung ab. Dabei wurden vor allem zur weiteren Belebung der Neubautätigkeit und in Verbindung damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für das kommende Jahr die Baubarlehenssätze mit Wirkung vom 1. Januar 1931 an erhöht.

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag für den Durlacher Stadtrat. Evang. Volksdienst, Zentrum, Deutsche Staatspartei, Freie Bürgervereinigung Durlach, Wirtschaftspartei sowie Bürgerliche und Wirtschaftliche Vereinigung Aue werden für die Stadtratswahl eine gemeinsame Liste in Vorschlag bringen.

Strandbad Kehl. Unter gewissen Voraussetzungen finanzieller Art besteht die Absicht, nach Inbetriebnahme des ehemaligen Pionierwasserübungsplatzes in Kehl ein Strandbad zu errichten.

Der Bürgerauschuss hat genehmigt einstimmig, nachdem vorher die Mitglieder der Bürgerlichen Vereinigung geschlossen den Saal verlassen hatten, einen Betrag von rund 100 000 Reichsmark für Hofstandsarbeiten.

Der Bürgerauschuss Donaueschingen nahm die Bürgersteuer mit 37 gegen 23 Stimmen bei einer Stimmenthaltung an. Die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten waren geschlossen gegen die Bürgersteuer.

Kurze Nachrichten aus Baden

Zum Heidelberg Baustand

Das Institut der „Armen Schulmeister“ in Speyer benachrichtigt durch ein Rundschreiben seiner Generalbevollmächtigten die Gläubiger der Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft über den gegenwärtigen Stand der Befriedigungsvorschläge.

Denkvereineinrichtung

bestehend aus 1 Kieglendruckpresse, Hogenforst, Größe 4 mit Motor, 6 Regalen, 1 Ein- und 1 Auslegestisch, Schriftmaterial und sonstigem Zubehör zu verkaufen.

Reichsbahnbetriebsstranctantse Karlsruhe, Kriegsstr. 78

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

In der Gemeinde Söllingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

In der Gemeinde Eggenstein ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Wir werben für sie

Die Gefahrengone umfasst alle Gemeinden des 15-Kilometer-Umkreises. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15-Kilometer-Umkreis der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

H. Heibelberg, 26. Nov. Morgen, den 27. Nov., begehrt der frühere Inhaber des Lehrtitels für Mineralogie und Petrographie an der Heidelberger Universität Geh. Rat Prof. Dr. E. A. Wülfing seinen 70. Geburtstag. Der Gelehrte wurde 1908 nach Heidelberg als Nachfolger von H. Rosenbusch berufen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Fußbeschlagn finden statt:

am Mittwoch, den 17. Dezember 1930, vormittags 8 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Karlsruhe, am Donnerstag, den 18. Dezember 1930, vormittags 9 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Mannheim, am Samstag, den 20. Dezember 1930, vormittags 8 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Freiburg, am Montag, den 22. Dezember 1930, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Weiskirch.

Karlsruhe, den 25. November 1930. Der Minister des Innern: J. Wittmann.

Bekanntmachung

Apothek in Benzlich (Amt Neustadt). Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Benzlich (Amt Neustadt), die durch den Tod des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird zur Bewerbung ausgeschrieben.

Gesuche sind unter Vorlage der erforderlichen Nachweise (vergleiche Bekanntmachung vom 11. Januar 1930, Apotheke in Neudau, Staatsanzeiger vom 14. Januar 1930) einzureichen.

Ablauf der Werbungsfrist: 20. Dezember 1930. Karlsruhe, den 26. November 1930. Der Minister des Innern: J. Wittmann.

Bekanntmachung

Sammlung.

Die dem Arbeitsauschuss Deutscher Verbände erteilte Erlaubnis zur Sammlung von Geldspenden zugunsten seiner satzungsmäßigen Aufgaben wird in jederzeit widerruflicher Weise bis zum 31. Dezember 1931 verlängert mit der Maßgabe, daß die Sammlung nur durch Versand von Werbebriefen und Veröffentlichung von Presseauftritten, nicht aber durch mündliche persönliche Werbung erfolgen darf.

Karlsruhe, den 26. November 1930. Der Minister des Innern: J. Wittmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der Planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Rechnungshofes Planmäßig angestellt: Ministerialamtsgehilfe Wilh. Böllm.

Zeitschriftenschau

Der Kunstwart, Novemberheft 1930. Die Kunst der Käthe Kollwitz bringt uns in fünf guten Wiederabgaben das Novemberheft des „Kunstwart“ (Verlag Georg D. W. Callwey, München), wieder nahe. In den Schöpfungen dieser großen Künstlerin hat menschliches Leid unsere Zeit die künstlerisch reinste und daher auch menschlich ergreifendste Darstellung erfahren.

Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten

Sa. 29.11. Das Nachlager in Granada. So. 30.11. Nachm. Zu halben Preisen: Wann kommt du wieder? Wendes: Faststaff. Im Konzertsaal: Meine Schwester und ich. Mo. 1. 12. Sondermiete „Zeittheater“ 2. Vorstellung der Abtlg. I, weiße Karten. Zum erstenmal: Das fünfte Gebot (Wanke).

Offenburg. R. 94 Güterrechtsregistereintrag Bd. II, S. 92 Rudolf Schilling, Erdarbeiter in Offenburg und Frieda geb. Zimmermann; Betrag vom 23. Sept. 1930. Gütertrennung Offenburg, den 22. November 1930. Bad. Amtsgericht III.



Badisches Landestheater Freitag, den 28. Nov. 1930 Volksbühne: Novembervorstellung Der Waffenschmied Romische Oper von Lorching Dirigent: Kripp Mitwirkende: Fischbach, Haberborn, J. Gröbinger, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Cerner, Schoepflin, Arras Anfang 19 1/2 Ende 22 Preise C (1-7 RM)

Im Stadt. Konzerthaus Freitag, den 28. Nov. 1930 Meine Schwester und ich Operette in zwei Akten u. einem Vor- und Nachspiel nach Herr und Bernoulli von Robert Blum Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky Dirigent: Keilberth Regie: v. d. Trenck Mitwirkende: Center, Janl, Seiberlich, Seiling, Brand, Graf, Kneble, Kubne, Rehner, Müller, Prüter, S. Riehscher Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2 I. Partett 3,50 RM